



5. Februar 2013

Energiestrategie 2050 des Bundes Stellungnahme des Kantons Wallis

(IVS).- Der Kanton Wallis ist bereit bei der Neuausrichtung der Energiepolitik mitzuwirken und Verantwortung zu übernehmen. Er ist aber darauf bedacht, dass die Interessen der Gebirgskantone und insbesondere der Wasserkraftnutzung gewahrt werden. Gleichzeitig wehrt sich der Kanton gegen einen zunehmenden Interventionismus des Bundes, sowie einer Verlagerung von zusätzlichen Aufgaben an die Kantone.

Die Antwort des Kantons Wallis auf das Vernehmlassungsverfahren, durchgeführt von der Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK), wurde mit der Stellungnahme der Regierungskonferenz der Gebirgskantone (RKGK) koordiniert.

Der Staatsrat begrüsst die Initiative des Bundes betreffend der neuen schweizerischen Energiepolitik, und unterstützt diese in seinen Grundsätzen. Der Kanton ist bereit bei der Umsetzung dieser neuen Strategie mitzuwirken und seine Verantwortung zu übernehmen. Die kürzlich veröffentlichte kantonale Strategie „Effizienz und Energieversorgung“ berücksichtigt bereits die Ziele der Energiestrategie 2050 des Bundes.

Der Kanton setzt sich jedoch vehement gegen einzelne Aspekte in Zusammenhang mit der Abänderung des Energiegesetzes zur Wehr. Der Entwurf benötigt noch namhafte Verbesserungen und breiter abgestützte Argumentationen. Die Strategie sieht zum Teil sehr ordnungspolitische Massnahmen des Bundes vor, einerseits auf die Akteure der Wirtschaft aber auch auf die Kompetenzen der Kantone. Des Weiteren werden mehrere Vollzugsaufgaben an die Kantone verlagert, sei es zur örtlichen Begleitung der Massnahmen oder auch zur Kontrolle. Der Gesetzesentwurf muss in dem Sinne angepasst werden, dass eine verfassungswidrige Anhäufung der Kompetenzen beim Bund vermieden wird und gleichzeitig eine Weitergabe von Aufgaben an die Kantone verhindert wird, welche die Finanzierung dieser neuen Aufgaben nicht übernehmen können.

Für den Kanton sind diese Lücken unbedingt bei der Erarbeitung einer entsprechenden Botschaft an das Parlament zu bereinigen. Ohne dies könnte der Gesetzesentwurf nicht positiv beurteilt werden. Ein neues Vernehmlassungsverfahren wird in diesem Zusammenhang ausdrücklich begrüsst.

***Für weitere Auskünfte wenden Sie sich bitte an:
Staatsrat Jean-Michel Cina, Vorsteher des Departements für Volkswirtschaft, Energie
und Raumentwicklung, Tel. 027 606 23 00, Mail: jean-michel.cina@admin.vs.ch***

